

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kostenexplosion bei der Einführung des Digitalfunks

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit unverzüglich zu erklären, weshalb das Staatsministerium des Innern im Rahmen der nun vorgenommenen (und nach eigenen Aussagen nicht endgültigen) Erhöhung der Kosten für die Errichtung und den Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern erst jetzt von Anfang an vorhersehbare Posten eingestellt und absehbare Kostensteigerungen nicht bereits in die ursprüngliche Aufstellung aufgenommen hat.

Begründung:

Nach eigenen Angaben des StMI liegt folgende Kostensteigerung vor:

Nachdem im Jahr 2009 von 772,6 Mio. Euro ausgegangen wurde, gab es im Jahr 2010 die Gesamtkostensumme mit 920,4 Mio. Euro an und ersetzt diese Zahl nun im Jahr 2012 durch 1,07 Mrd. Euro. Es gab also innerhalb von drei Jahren eine Kostensteigerung von 38 Prozent, für die das Innenministerium auch eigene Fehlannahmen einräumt. Zusätzlich baut der zuständige Staatssekretär Eck in seinem Schreiben vom Juni 2012 bereits vor und schließt weitere Kostenerhöhungen nicht aus. Zudem lässt er zugesagte Kosten (Funkgeräteförderung) keinen Eingang in die neue Berechnung finden. Schließlich findet sich nichts, um den durch die verzögerte Einführung von weiteren Kostenerhöhungen betroffenen Kommunen einen Ausgleich zu bieten.

Die angegebenen Gründe beinhalten Posten, deren Existenz selbstverständlich und vorhersehbar war und die von Anfang an in die Gesamtkostenrechnung eingestellt gehört hätten – so z.B. die aufgeführten Kosten für die Basisstationen, die sog. Leitstellenanpassungen oder gar die durch die Migration (= Übergang vom analogen zum digitalen Funk) verursachten Kosten, die mit Sicherheit nicht überraschend, weil Grundvoraussetzung, sind.

Die Veränderungen bei der Projektgruppe DigiNet (personell und zeitlich) sind massiv kostenintensiv (+157 Prozent). Dass die Kosten für die dringend notwendige Öffentlichkeitsarbeit, bei diesem so sehr auf schwankende Akzeptanz in der Bevölkerung stößenden Projekt ebenso wie Schulungskosten, bisher nicht zu Buche schlugen, spricht nicht für eine sorgfältige Planung.

Andererseits hat das Innenministerium die Angabe der faktisch noch höheren Kostensteigerung nur dadurch vermieden, dass es den Ansatz für Reinvestitionen für Basisstationen um 677,3 Prozent vermindert und dies damit begründet, dass es zum einen den bisher zugrunde gelegten Zeitraum bis zur notwendigen Ersetzung von technischen Einrichtungen von 7 auf 10 Jahre streckt und weil es zum anderen die massiv verzögerte Einführung des flächendeckenden Digitalfunks, in Bezug zum nun dadurch verkürzten Schätzungszeitraum (Jahr 2021), als Errungenschaft nennt.